

Seenotrettung: Paritätischer sieht EU in der Verantwortung

In einer aktuellen Resolution fordert der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbands die sofortige Wiederaufnahme der europäischen Seenotrettung im Mittelmeer. Das höchste Gremium des Paritätischen, in dem Vertreter*innen von Behinderten- und Kinderrechtsorganisationen und unter anderem auch von Arbeiter-Samariter-Bund, DLRG und Volkssolidarität sitzen, kritisiert das Aussetzen der Operation Sophia und den Abzug der Schiffe scharf.

„Das Aussetzen der Operation Sophia und der Abzug der Marine vor der libyschen Küste ist in der dramatisch zuge-spitzten Situation im Mittelmeer im wörtlichen Sinne unterlassene Hilfeleistung“, kritisiert Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes.

Der Paritätische warnt vor einer „Erosion der Menschenrechte“ und fordert die Europäische Union auf, umgehend wirk-same Schritte einzuleiten, um Men-

schen aus Seenot zu retten. Darüber hinaus bedürfe es endlich einer europä-ischen Einigung zur Verteilung der aus Seenot Geretteten innerhalb Europas.

„Wenn politische Maßnahmen wie die Aufgabe der Mission „Sophia“ als Folge den Verlust von Menschenleben nach sich ziehen, sind sie mit den Werten des Grundgesetzes sowie den Zielen unserer humanitären Organisation nicht vereinbar“, kritisiert auch Achim Haag, Präsident der Deutschen Lebens-Ret-tungs-Gesellschaft (DLRG), eine der großen überregionalen Mitgliedsorgani-sationen des Paritätischen.

Der Paritätische Verbandsrat bekräftigte die Forderung nach der Schaffung le-galer Zuwanderungswege. Angesichts der aktuellen Berichte aus Camps in Li-byen dürfe es außerdem keinerlei Rück-führung dorthin oder in andere Länder geben, in denen die Wahrung der Men-schenrechte nicht gesichert sei, so der Beschluss.

Notfallplan für Bootsflüchtlinge

Gemeinsam mit über 250 weiteren Organisationen hat sich der Paritätische in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin gewandt und eine schnelle Lösung für die Seenotrettung im Mittelmeer gefordert. Die Organisationen sprechen sich in dem Brief ebenfalls gegen Rückführungen nach Libyen aus und fordern u.a. einen Notfallplan für Bootsflüchtlinge: Aufnahmebereite Mitgliedsstaaten müssten in einem ge-ordneten Verfahren aus Seenot gerettete und in EU-Mittelmeeranrainerstaaten gestrandete Schutzsuchende solidarisch aufnehmen. Der Europäische Flücht-lingsrat habe dazu einen praktikablen Vorschlag ausgearbeitet, der im Rahmen des geltenden Europarechts sofort zur Anwendung kommen kann. Viele deut-sche Städte und Kommunen haben sich zudem bereit erklärt, Geflüchtete aufzu-nehmen. Für sie müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, freiwillig zusätzliche Schutzsuchende aufzunehmen.